

Register B) Angaben zur Abfrage beim Wettbewerbsregister

Ich/Wir übermitteln Ihnen die Angaben zur Abfrage des Wettbewerbsregisters.

<u>Bezeichnung des Bewerbers bzw. Bieters:</u> (Firma, Geschäftsbezeichnung, Bezeichnung der Einrichtung)	<u>Aktuelle Postanschrift des Unternehmens:</u> (Straße und Hausnummer, Postleitzahl, Ort, Land)
<u>Rechtsform:</u>	
<u>Umsatzsteuer-ID:</u>	<u>Registergericht (sofern zutreffend):</u>
<u>Vor und Nachname:</u> (nur bei Einzelunternehmen z.B. freiberuflich Tätigen)	<u>Register-Nr. (sofern zutreffend):</u>

Vorname und Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt (Textform)

Register C) Erklärung zu zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen im Sinne der §§ 123 und 124 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG), § 98c Aufenthaltsgesetz (AufenthG), § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) § 19 Mindestlohngesetz (MiLoG) und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)

Namens und in Vollmacht des Unternehmens - d.h. des Bewerbers, des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft oder eines Nachunternehmens, welches Gegenstand einer „Eignungsleihe“ im Sinne von § 47 SektVO ist - (nachfolgend bezeichnet als „Unternehmen“) werden die nachstehenden Fragen wie folgt beantwortet:

- | | ja | nein |
|---|-----------------------|-----------------------|
| <p>(a) Sind Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen Verstoßes gegen einer im untenstehenden Vorschriftenkatalog genannten Vorschrift - oder vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten - rechtskräftig verurteilt worden?</p> <p><small>Zu berücksichtigen sind nur Verurteilungen, die nicht älter als höchstens fünf Jahre sind (gerechnet ab dem Tag der Rechtskraft der Verurteilung).</small></p> <p><small>Einem Verstoß gegen diese Vorschriften stehen Verstöße gegen vergleichbare Straftatbestände anderer Staaten gleich.</small></p> <p><small>Das Verhalten einer Person ist einem Unternehmen in diesem Sinne dann zuzurechnen, wenn diese als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.</small></p> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| <p>(b) Wurde gegen das Unternehmen wegen Verstoßes gegen einer im untenstehenden Vorschriftenkatalog genannten Vorschrift eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten - oder vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten - rechtskräftig festgesetzt?</p> <p><small>Zu berücksichtigen sind nur Verurteilungen, die nicht älter als höchstens fünf Jahre sind (gerechnet ab dem Tag der Rechtskraft der Verurteilung).</small></p> <p><small>Einem Verstoß gegen diese Vorschriften stehen Verstöße gegen vergleichbare Straftatbestände anderer Staaten gleich.</small></p> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| <p>(c) Ist das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen?</p> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| <p>(d) Hat das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen?</p> <p><small>Zu berücksichtigen sind dabei nur Ereignisse, die nicht länger als drei Jahre zurückliegen.</small></p> | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |

- (e) Liegt einer/Liegen mehrere der folgenden Umstände vor? O O
- Zahlungsunfähigkeit des Unternehmens
 - Eröffnung oder Beantragung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Unternehmens oder eines vergleichbaren Verfahrens
 - Ablehnung der Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse
 - Unternehmen befindet sich in Liquidation
 - Tätigkeit des Unternehmens ist eingestellt
- (f) Hat das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird? O O
- Zu berücksichtigen sind dabei nur Ereignisse, die nicht länger als drei Jahre zurückliegen.
- (g) Hat das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und hat dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt? O O
- Zu berücksichtigen sind dabei nur Ereignisse, die nicht länger als drei Jahre zurückliegen.
- (h) Liegen Tatbestände bzw. Voraussetzungen nach folgenden Vorschriften vor, die einen Ausschluss des Unternehmens von der Vergabe öffentlicher Aufträge begründen könnten? O O
- § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder
 - § 98c des Aufenthaltsgesetzes oder
 - § 19 des Mindestlohngesetzes oder
 - § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes oder
 - § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes

Soweit mit „ja“ geantwortet wurde, ist jeweils auf einem gesonderten Blatt zu dem Verstoß durch das Unternehmen ausführlich Stellung zu nehmen. Dabei ist insbesondere der Verstoß näher zu bezeichnen und konkret zeitlich einzuordnen. Das Datum einer rechtskräftigen Verurteilung / Festsetzung einer Geldbuße und das Strafmaß / Höhe der Geldbuße sind anzugeben. Ergriffene Maßnahmen - einschließlich Maßnahmen einer etwaigen Selbstreinigung i.S.v. § 125 GWB - sind umfassend darzulegen und nachzuweisen.

Bei Verstößen kommen die geltenden gesetzlichen Regelungen zur Anwendung. Dies bedeutet insbesondere, dass im Falle des Vorliegens zwingender Ausschlussgründe i.S.v. § 123 GWB Bewerber vom Vergabeverfahren

ausgeschlossen werden. Nachunternehmen, welche Gegenstand einer „Eignungsleihe“ i.S.v. § 47 SektVO sind und bei denen derartige Ausschlussgründe vorliegen, sind zu ersetzen.

Ort, Datum

Unternehmen

Unterschrift

Vorschriftenkatalog (§ 123 Abs. 1 GWB)

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den 232b, und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Register D) Erklärung zur Befolgung des BEW Berliner Energie und Wärme GmbH Verhaltenskodex für Lieferanten und Partner

Namens und in Vollmacht des Unternehmens - d.h. des Bewerbers, des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft oder eines Nachunternehmens welches Gegenstand einer „Eignungsleihe“ im Sinne von § 47 SektVO ist - (nachfolgend bezeichnet als „Unternehmen“) werden die nachstehenden Fragen wie folgt beantwortet:

- | | Ja | Nein |
|---|-----------------------|-----------------------|
| (1) Der Bieter hat den BEW Verhaltenskodex für Lieferanten und Partner gelesen und verstanden. Der Kodex findet sich auch jederzeit unter „Unser Verhaltenskodex für Lieferanten und Partner“:
https://www.bew.berlin/ueber-uns/lieferantenbeziehungen | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| (2) Der Bieter wird seine Leistungen in Übereinstimmung mit den UN Global Compact Prinzipien erbringen und verpflichtet sich ständig zu überwachen, dass seine Leistungsbringung und die seiner Zulieferer/ Subunternehmer nachhaltig unter Einhaltung und Beachtung dieser Prinzipien erfolgt. | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| (3) Der Bieter erklärt, dass keine Abweichungen vom UN Global Compact für ihn oder einem seiner von ihm für die Leistungserbringung in Betracht gezogener Zulieferer/Subunternehmer gültig sind. | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |

Ort, Datum

Unternehmen, Person, Funktion

Unterschrift

Erklärung zur Anerkennung Verhaltenskodex für Lieferanten und Partner

Register E) Eigenerklärung Russland Sanktionen

(von allen Bewerbern / Bieter / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

Bezeichnung des Vergabeverfahrens / Auftrags:

Geschäftszeichen des Auftraggebers:

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a) zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden (Eignungsleihe)**, beteiligten Unternehmen, die mehr als 10 % des Auftragswerts erbringen, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden (Eignungsleihe)**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, die mehr als 10 % des Auftragswerts erbringen und die zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.

_____, den _____

Unterschriften

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienstellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.

e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder

f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.